

PRESSEMELDUNG

CDU/CSU will Väter weiter benachteiligen – FDP knickt ein

Eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Kind soll es nach Willen der CDU/CSU nicht geben. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom Dezember 2009 erklärte die gängige Sorgerechtspraxis in Deutschland, wonach der nichteheliche Kindesvater kategorisch vom Sorgerecht ausgeschlossen wird, für nicht menschenrechtskonform. Derzeit muss die Regierung, die bis zu ihrer Niederlage vor dem EGMR am Väter feindlichen Sorgerecht verbissen festgehalten hat, ein neues Konzept entwerfen. Und es sind die gleichen Akteure, die seinerzeit das beanstandete Sorgerecht konstruiert haben, die heute das neue Sorgerecht basteln.

So verwundert es nicht, dass nach dem Willen der CDU/CSU das Sorgerecht weiterhin Väter benachteiligen soll. Nach der sogenannten Antragslösung, erhalte nach wie vor die unverheiratete Mutter bei der Geburt das alleinige Sorgerecht für das Kind. Der Vater könnte nur auf Antrag vor Gericht das Sorgerecht erstreiten. Aber auch dann könnte die Mutter dies ablehnen, wodurch dem Vater nur noch die Möglichkeit zu einem langwierigen Prozess bliebe. Faktisch ändert sich damit nicht viel am Väter diskriminierenden Sorgerecht.

„Alles andere als ein automatisches Sorgerecht für beide Eltern benachteiligt den Vater und reduziert ihn bewusst auf die Versorgerrolle“, so Dr. Bruno Köhler, Vorstandsmitglied der geschlechterpolitischen Initiative MANNdat e.V., die schon seit Jahren die Väter feindliche Politik in Deutschland anprangert. „Es überrascht uns, dass ausgerechnet die, die am lautesten nach dem sorgenden Vater schreien, in Wirklichkeit die sind, die den Versorgervater wollen.“

Nach einem ursprünglichen Entwurf der FDP sollten die Eltern das gemeinsame Sorgerecht erhalten. Aber auch hier hat sich die FDP wieder einmal gegenüber ihrem großen Koalitionspartner nicht durchsetzen können und gibt nun klein bei.

Das neu gegründete und vom Frauenministerium(!) mitfinanzierte Bundesforum Männer, das angeblich die Interessen von Männern vertreten soll, schweigt zu dem Thema und diskutiert noch, ob es Väterrechtsvereine aufnehmen will. Schlechte Karten also für Väter.

MANNdat e.V. unterstützt deshalb das Gleichstellungsmodell, das die väterfeindliche Sorgerechtspolitik beenden und Vater und Mutter als gleichberechtigte Eltern zur Grundlage des Familienrechts machen will. Informationen zum Gleichstellungsmodell sind unter www.mannat.de/geschlechterpolitik/vaetern-gleichberechtigung-geben.html zu finden.

MANNdat e.V. ist ein bundesweit tätiger Verein, dessen Ziel es ist, Benachteiligungen von Jungen und Männern bekannt zu machen und zu beseitigen. MANNdat e.V. bietet auf seiner Internetpräsenz umfassendes Informationsmaterial und detailliertes Hintergrundwissen zu jungen- und männerpolitischen Themen wie Jungenarbeit, Jungenförderung, "Väter und Beruf" oder Männergesundheit. MANNdat e.V. erkämpfte die gleichberechtigte gesetzliche Hautkrebsfrüherkennung für Frauen und Männer!

Postfach 60 14 05 22214 Hamburg
Fon: 06233 239 00 43 Fax: 03222 247 100 8

<http://www.manddat.de>

Registernummer: VR-7106 Amtsgericht Stuttgart